

Grund sicherer Erkundigung kann ich melden, daß dem französischen Befehlshaber jede Beteiligung an einem etwaigen Bombardement streng unterlagt wurde. Auch in manchen anderen Punkten sind seine Anweisungen abweichend. Der französische Consul in Stutari erhielt den Befehl, Albanien zu verlassen."

Die vorstehend erwähnte türkische Note mag hier in ihren Grundzügen mit einigen Worten erörtert werden. Sie trägt das Datum des 23. d. M. und ihr Kernpunkt liegt in folgenden drei Forderungen der Pforte, von deren Genehmigung letztere die Abtretung Dulcigno abhängig macht:

- 1) Aufhebung der Flottendemonstration, sei es in welcher Frage immer, jetzt und in der Zukunft.
- 2) Garantie des Lebens, des Lebens, der Ehre und aller Rechte der auswandernden Bewohner, ebenso wie Garantie des Lebens, des Lebens, der Ehre und namentlich der Religion Derer, die ihren Herd nicht verlassen wollen.
- 3) Annahme des von der Pforte vorgeschlagenen status quo seitens der Mächte und Aufgeben jeder Idee, künftig ein ferneres Verlangen für Montenegro zu stellen.

Wenn die türkischen Staatsmänner sich von dieser Note einen ernsthaften Erfolg versprochen haben sollten, so dürften sie die letzten Tage eines Anderen belebt haben. Besonders ist es der erste Punkt, der allgemein als undiscutierbar bezeichnet wird. Ueberhaupt muß — bemerkt officiös die „N. A. Z.“ — es als eine seltsame Taktik betrachtet werden, wenn die Pforte, die sich mit solcher Leichtigkeit über Triplic, aus dem Berliner Vertrag übernommene Verpflichtungen hinwegsetzt, ihrerseits den Mächten die Übernahme von Verpflichtungen zumutet, welche daraus hinauslaufen würden, alle und jede wirksame Controle Europas im Orient unmöglich zu machen."

Einige Notizen über die militärische Lage vor Dulcigno werden Anspuch auf besonderes Interesse haben. Nach jüngst eingetroffenen Nachrichten haben die Albanesen mit 6000 Mann und 3 Feldbatterien eine mit einem mehrfachen Gürtel von Beschanzungen umgebene Position östlich vor Dulcigno besetzt. Ferner lagern zehn reguläre türkische Bataillone bei Dulcigno; Riza Pascha besetzt seine Stellung. Die albanesische Position ist von der See aus deutlich sichtbar und liegt in wirksamem Geschützvertrage der Schiffsbatterien. Die Bewohner haben Dulcigno bereits zum großen Theile geräumt. Die Gesamtstärke der montenegrinischen Actionstruppen beträgt nur 7000 Mann. Wie ferner aus Paris gemeldet wird, berief der österreichisch-ungarische Consul in Stutari die Chefs der Albanesen von Dulcigno, um sie zur Uebergabe zu ermahnen. Die Dulcignaten sind von der Unterredung widerspenstiger als je zuruckgekehrt. Nach einer Meldung des „W. Fremdenbl.“ aus Ragusa vom 26. d. haben die Albanesen die Bojen und sonstigen Seezeichen von der Küste von Dulcigno entfernt. Denselben Blatte zufolge haben drei türkische Militärs ihre Dienst quittirt und sich in das albanesische Lager vor Dulcigno begeben. Riza Pascha, so meldet man dem „W. Fremdenbl.“ aus Konstantinopel, hat um die Absonderung mehrerer türkischer Kriegsschiffe nach Albanien ersucht, da die Ausreise gegen die Christen in den dortigen Hafenstädten im Zunehmen begriffen sei.

Nach einer Privatnachricht der „N. A. Z.“ hat bereits Riza Pascha nach Cetinje notificirt, daß die Türkei, wenn Montenegro aggressiv vorgehe, dies als casus belli betrachten und Montenegro den Krieg erklären werde. Sind die Mächte außer Stande, die Türkei von ihrem Vorhaben abzubringen, so bleibt kaum etwas Anderes übrig, als der factische Kriegszustand zwischen dem europäischen Concert und der Türkei.

Eine Reihe uns im Laufe des Tages zugegangener Specialberichte vervollständigen in bemerkenswerther Weise das Bild der Lage.

London, 28. September. Admiral Seymour hat den Montenegro in einen Aufschub zugesagt. Wenn von Stambul keine anderen Weisungen für Riza Pascha kommen, werden etwa am Donnerstag oder Freitag die Montenegro von Antivari aus gegen Dulcigno vordringen; die Flotte wird die Küste entlang dampfen und die albanesisch-türkischen Streitkräfte, welche den Montenegro entgegen treten sollten, soweit erreichbar, beschützen. Auf alle Fälle ausgeschlossen bleibt aber das Anordnen montenegrinischer Truppen oder gar die Landung von Flottenmannschaften, vorausgesetzt freilich, daß die Albanesen und Türken nicht vom Lande aus die europäischen Schiffe beschützen. Sollte dies wider Erwarten eintreten, so wäre eine neue Lage geschaffen, für die neue Instruktionen gegeben werden müßten.

Wien, 28. September (N. Z.). Die letzten ungenügenden Nachrichten über die Haltung Riza Pascha's werden bestätigt. Auch am gestrigen Tage sind ihm keine Weisungen von Stambul zugegangen, vielmehr meldet die hiesige Presse übereinstimmend mit meinen Erkundigungen, der Sultan verhalte sich gegenüber allen Versuchen, an Riza Pascha den Befehl zur Uebergabe Dulcigno an Montenegro zu erlassen, unzugänglich ablehnend. Es verlautet, der Sultan habe zum Grafen Daxfeld gesagt, es widerspreche seinem Gefühl von Völkerecht, zu glauben, daß die Mächte darauf beharren sollten, das Blut eines friedlichen Volkstammes zu vergießen, dem Europa als einziges Erbverbrecher die Treue anrechnen könnte, mit welcher er an seinem Vaterlande hänge. Man betrachtet als augenblickliche Herren der politischen und militärischen Lage in Stambul Kbeddin und Osman Pascha. Beide sollen den Sultan in der unerwarteten Ueberzeugung bekräftigen, daß mit dem ersten Gewaltact der Mächte in den Adriatischen Gewässern alle Russenmänner des Reiches sich erheben werden, wenn die Mächte darauf bestehen sollten, Gewalt vor Recht zu setzen. Weitere Nachrichten aus Stutari melden das starke Anwachsen der albanischen Streitkräfte bei Stutari und Dulcigno sowie die Vorhiebe derselben gegen die Grenze Montenegro's. Zugänge von Lothen und aus der Gegend von Brindzen dauern fort. Man fürchtet

für die Sicherheit der Consuln in Stutari. Vor Dulcigno sind türkische Kriegsschiffe angelandeten.

London, 28. September. (N. Z.) Die Frage der Flottendemonstration vor Dulcigno wurde auf dem gestrigen gehaltenen Kriegsrath abermals verhandelt. Der Minister Montenegro, Radonich, meldete nämlich, Riza habe im Auftrage der Pforte erklärt, daß er jede offensive Bewegung Montenegro's als Kriegsdact betrachten werde. Montenegro, zu schwach, um gegen die Albanesen und reguläre türkische Truppen vorzugehen, erbitte sich Auskunft von den Mächten, welche Fälle diese ihm durch die Flotte und anderweitig gewähren würden. Die Admirale mußten daraufhin ihre Regierungen um fernere Weisungen bitten, worüber mehr denn eine Woche verstreichen dürfte. Der französische Admiral verweigerte, ohne Gründe anzugeben, einem seiner Officiere, sich der vorgelegten Recognition Dulcigno beizugesellen. Der Dragoman der deutschen Botschaft überreichte gestern der Pforte die Collectiv-Rückantwort auf das letzte türkische Rundschreiben; sie lautet ablehnend gegen den Protest der Pforte.

Paris, 28. September. Der „Agence Havas“ wird aus Ragusa vom heutigen Tage gemeldet: „Montenegro verlangte materielle Hilfe von dem Geschwader der Mächte. Die einzelnen Admirale wandten sich hierauf an ihre Regierungen. England und Russland sollen geneigt sein, Montenegro's Ansuchen zu erfüllen. Man betrachtet jedenfalls die Flottendemonstration für ausgegeben und die Abfahrt des Geschwaders als bevorstehend.“

Man darf sich fragen: soll Europa der montenegrinischen Aspirationen wegen einen neuen orientalischen Krieg beginnen? Kimmere mehr! Es war und ist doch sehr klar: wenn der Fürst der Schwarzen Berge seine aralten Stammesfeinde beherrschen soll, so muß er der Mann sein, sie zur Unterwerfung zu bringen. Um ihr Fürst sein zu können, hat er den Beweis zu liefern, daß er mit seinen, nicht mit fremden Mitteln stärker ist als sie; sonst werden, wenn ihm auch gelingt, sie mit fremder Hilfe zu unterjochen, unaufhörliche Anfälle sein Lohn sein. Ist es europäischer Staaten nun wohl wünschlich, daß die „Kul-Bez.“, ist es vernünftig, ist es auch nur ritterlich, einen Theil der Albanesen unter das Joch von Montenegro's zu beugen, von denen sie gar nichts gewinnen, nichts Gutes empfangen können? Nein, man kann nicht mit der geringsten Befriedigung diesem traurigen oder widerlichen Schauspiel zusehen und die Beforgnis nicht abweisen, daß ein so abschredendes Ergebnis vereinigt Diplomatenweisheit nicht ohne entsprechende Folgen bleiben wird.

### Politische Uebersicht.

Wetzlar, 29. September.

Der Sohn des Reichskanzlers ist ein zuverlässiger Echo der von dem leitenden Staatsmanne geplanten wirtschaftlichen Reformen. In der Rede, die der Reichstagsabgeordnete Graf Wilhelm Bischoff dieser Tage vor seinen Wählern in Mühlhausen gehalten (siehe dieselbe an anderer Stelle), ist das Beachtenswerthe wohl der Satz, worin er sich über die Steuerreform äußert. Graf Bischoff wies zwar die Vermuthung zurück, daß in Folge seiner persönlichen Verhältnisse seinen Mitteilungen ein officiöser Charakter innewohne, allein „gute Informationen“ wird man ihm doch immer vertrauen dürfen. Der Redner meinte, 100 Millionen Mark neuer Steuern würden zur Erreichung des angestrebten Zieles der Entlastung an directen Steuern noch nöthig sein, und er wolle diese Summe in erster Linie durch die längst bestehenden beiden Steuerprojecte aufbringen, die Stempelsteuer, die hinsichtlich der Börsengeschäfte noch etwas höhere Sätze als die der früheren Vorlage vertragen könne, und die Erhöhung der Brausteuer. Dagegen sprach sich Graf Bischoff über die Erhöhung der Brauweinsteuer in einer Weise aus, die, wenn seine Ansichten mit denen des Reichskanzlers übereinstimmen, wenig Aussicht eröffnet, daß auch diese Steuer dem Reichstag vorgelegt werden soll. Der Redner meinte, der Brauwein sei jetzt schon unüberhältnismäßig hoch besteuert; im Nothfall könne man vielleicht später einmal auf das Project zurückgreifen. Nachdem noch jüngst Herr v. Hennigsen die höhere Belastung des Brauweins als Bedingung für eine neue Brausteuer bezeichnet und nachdem man bis tief ins conservative Lager hinein die Gerechtigkeit und Nothwendigkeit dieser Maßregel anzuerkennen begonnen hat, ist es nicht erstaunlich, diese populäre Steuer, für die sich so zahlreiche wirtschaftliche und moralische Gesichtspunkte geltend machen lassen, jetzt wieder so kühl abgelehnt zu sehen. Wenn der Abgeordnete für Mühlhausen ferner die Regierung gegen den Vorwurf in Schutz nimmt, daß sie das Versprechen einer Steuerermäßigung nicht gehalten habe, indem er fragt: wie man alte Steuern erlassen könne, wenn der Reichstag in den letzten Sessionen die vorgelegten Steuerprojecte zurückgewiesen habe, so vergißt er dabei doch ganz die Bewilligungen des vorigen Jahres, des neuen Zolltarifs und der Tabaksteuer. Die Ueberzeugung, daß in der Steuerfrage jetzt endlich ein Weg eingeschlagen wird, der diese so lange schwebende Angelegenheit zu einem befriedigenden Ziele führt, wird man aus den Darlegungen des Grafen Bischoff nicht gewinnen können.

Einen der ersten Berathungsgegenstände des binnen Kurzem zusammentretenden Bundesraths wird das Reichsbeamten-Pensionsgesetz bilden. Dasselbe ist bisher nur in den Ausschüssen Gegenstand der Erörterung gewesen und hat hier sehr umfassende Erörterungen erfahren. Doch ist an der Zustimmung des Plenums nicht zu zweifeln. Wie jetzt verlautet, hatten sich unter den Regierungen, namentlich Preußens und Baierns, ziemlich weitgehende Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Beitragspflicht ergeben, welche die Beamten in Form eines Gehaltsabzuges von 2 resp. 3 Procent als Ver-

sicherungsprämie zu zahlen haben würden. Nach darüber bestanden (und bestehen zum Theil noch) Differenzen, ob nur die verheiratheten Beamten zur Versicherung heranzuziehen wären oder ob den unverheiratheten in gleicher Weise eine Beitragspflicht aufzuerlegen sein würde. Die Summe, mit welcher die Durchführung des Beamtenpensionsgesetzes den Reichschat belasten wird, dürfte auch nach den niedrigsten Schätzungen eine recht erhebliche sein und hinter 15 Millionen Mark kaum zurückbleiben. Es kommt hier besonders in Betracht, daß es kaum angänglich sein wird, die Zahlungen, zu denen die Beamten angehalten werden sollen, als ein dauerndes Danaus für ihr zum größten Theil recht kargliches Einkommen zu legen und ihnen mit der einen Hand zu nehmen, was ihnen soden mit der andern gewährt worden. Ohne Zweifel wird es, wenn das Gesetz zur Ausführung gelangt, nicht an Petitionen um Gehaltsaufbesserung beim Reichstag und beim kaiserlichen Hofmann fehlen, und die Billigkeit dürfte eine Berücksichtigung derselben geboten erscheinen lassen. Dabei ist insbesondere ausdrücklich zu bemerken, daß diese schwer ins Gewicht fallenden Nebenfolgen des Beamtenpensionsgesetzes bei der oben erwähnten Summe von 15 Millionen nicht finanziell in Anschlag gebracht sind, sondern daß sich die letztere ganz unabhängig von einer etwaigen Vermehrung der Gehälter ergeben würde. Rechnet man die 17 Mill. dauernder Militärausgaben hinzu, um welche vom 1. April 1881 an der bisherige Militäretat steigt, dann möchte von den Erträgen des Reichsreformplan's Steuerreformplan's wohl wenig genug für die eigentlichen Zwecke der „Reform“ übrigbleiben.

Die freiconservative „Post“ bespricht in einem Leitartikel die Bedeutung der Leipziger Resolution des „Reichsvereins für Sachsen“ und wendet sich in einer Schlußbetrachtung in überaus scharfer Weise gegen die „Kaiser-Fordernbede" Secession. Das Blatt schreibt:

Nun ist allerdings nicht zu leugnen, daß sich die Juridicirten einer außerordentlichen Hülfsleistung gegen ihre früheren Parteigenossen befleißigen, einer Hülfsleistung, welche in Parteikämpfen bei uns noch selten ist, aber factisch — und das ist doch die Hauptsache — das weder in Hannover noch in Preußen die Secession für notwendig oder für erstreblich erklärt; im Gegentheil hat man an beiden Orten in der entscheidenden Weise ausgesprochen, daß die nationalen Bestrebungen der nationalliberalen Partei dadurch beeinträchtigt werden, woran auch gar kein Zweifel sein kann. Was von den Juridicirten sonst noch über die Gemeinsamkeit politischer Ziele zwischen ihnen und den Secessionisten gesagt wird, ist nicht mehr als Apathie. Bei der ersten concreten Frage, welche an die beiden Parteien herantritt, wird es sich zeigen, daß sie entweder beide noch nationalliberal sind, oder daß zwischen ihnen dieselbe Kluft besteht, wie zwischen der Fortschrittspartei und den alten Nationalliberalen, das heißt, daß die Secessionisten zu jenen gehören. Ueber diesen Verhältnissen vergißt man aber die Thatfache, daß den Secessionisten offenbar das Feld verloren geht, auf welchem sie ernten wollen, denn die Fortschrittspartei hat sich herausgehoben, wird sich kaum der phantastischen Städtegründner einreden. Es wäre vielleicht zu viel gesagt, wenn man schon jetzt nach verhältnismäßig so kurzer Probestzeit die politische Impotenz der Partei der Aktionswanze als erwiesen ansehen wollte. Aber Propaganda haben sie sicherlich bis heute noch nicht gemacht und die Kopien der Secession wird die alte Partei tragen.

Es liegt schon wieder ein Beweis vor, daß die römische Curie in anderen deutschen Staaten gesetzlichen Bestimmungen sich fügt, die sie in Preußen nicht achten zu dürfen glaubt. Das Ministerium des Cultus hat Anhalt bringt nämlich in dem amtlichen Organe zu Dessau zur öffentlichen Kenntniß, „daß der Pfarrer Hermann Kleinschmidt in Gotha als Pfarrer für die hiesige (Dessauer) und die Zerbst katholische Gemeinde ange stellt, als solcher staatsrechtlich anerkannt und demgemäß berechtigt ist, die betreffenden Kirchen innerhalb seiner Functionen in geistlichen und weltlichen Angelegenheiten den Rechten gemäß zu vertreten.“ Die Natantur in München hat im directen Auftrage des Papstes an die hiesige Staats-Regierung das Ersuchen gerichtet, den zu ernennenden Pfarrer staatsrechtlich anzuerkennen und zur Ausübung seiner geistlichen Functionen zuzulassen, was denn auch, da gegen die präsentirte Persönlichkeit Bedenken nicht zu erheben gewesen sind, nach dem Inhalte jener öffentlichen Bekanntmachung geschehen ist."

Der gelehrte und ungelehrte czechische Vöbel macht wirklich auf eigenthümliche Weise für die culturelle Mission der „böhmischen Nation" Propaganda. Am 26. d. M. fand in Prag zwischen dem deutschen und dem czechischen Klub auf der Moldau ein Wettkampf statt, in welchem der deutsche Klub wie im Vorjahre den Hauptpreis gewann; deshalb wurde ein sträckerlicher Sturm gegen den deutschen Klub herausbeschwoeren. Eine Masse von Schreihälsen, welche sich angesammelt hatten, schrie „Peroant die Deutschen und die Juden.“ Die czechischen Standalmacher stellten unter immer neuen Zugängen die ganze Schläpkinsel, bis die Polizei eingriff und die Standalmacher vertrieb. Noch am Abend mußte die Polizei die Schläpkinsel besetzt halten.

Am Dienstag fand zu Pest im ungarischen Unterhause eine sensationelle Verhandlung statt. Der Ministerpräsident Tisza beantwortete die bereits erwähnte Interpellation des Abgeordneten Miklos über die antisemitische Bewegung, indem er erklärte, daß die Regierung sich durchaus nicht mit der von Nagy inaugurierten Bewegung identifizierte. Bis her seien der Regierung noch keine Statuten eines antisemitischen Vereins zur Genehmigung vorgelegt worden; falls aber nach der Fassung der Statuten der Zweck eines Vereins darin bestünde, die zwischen den verschiedenen Classen der Bevölkerung,

den verschiedenen Nationalitäten und Confessionen Zwistigkeiten hervorzurufen, oder falls derselbe mit den Landesgesetzen und der Verfassung im Widerspruch stehen sollte, würde die Regierung die Genehmigung verweigern. So lange eine Bewegung auf theoretischem Gebiete bleibe, reiche die Presse selbst als Gegenwaffe, event. das Preßgesetz aus; sobald aber die gesetzlichen Schranken verletzt würden, werde die Regierung von ihrem gesetzlichen Rechte, solche Agitationen zu verhindern, Gebrauch machen. Das Haus nahm die Antwort zur Kenntnis. Wie aus Rom gemeldet wird, haben Garibaldi und sein Sohn Menotti ihre Mandate als Deputirte niedergelegt, indem sie erklärten, daß sie nicht an der Gesetzgebung in einem Lande theil nehmen wollten, wo die Freiheit mit Füßen getreten und das Gesetz nur angewendet werde, um die Freiheit der Jesuiten und anderer Feinde der italienischen Freiheit zu schützen. Die Veranlassung zu diesem Schritte soll eine dem Schwiegersohne Garibaldi's, dem General Canzio, zugestellte Aufforderung des Gerichts sein, die über ihn verhängte Freiheitsstrafe anzutreten.

Das aus Irland gemeldete agrarische Brechen erregt nicht nur auf der Grüns Insel, sondern auch in Großbritannien die größte Sensation. Noch fehlen Details über diese Bluthat. Ein Telegramm aus London vom Dienstag lautet: „Die Ermordung des Lord Mount-Norris veranlaßt nahezu eine Panik unter den Landbesitzern Irlands. Das Regierungsorgan, die „Daily News“ meint: „Dieser Lord ändere nichts an dem Materiale des sozialen Problems, welches die irische Regierung zu lösen die Aufgabe erhalten hat. Das traurige Ereigniß erschwere nur die Situation. Die jetzt in Irland verübten Gräuelt thaten England nicht gegen die Uebel des irischen Landstystems blind machen.“ Die Urheber der Antipathiebewegung ziehen in Irland frank und frei umher. Der berühmte Parnell sprach am Sonntag vor Wählern in Strifftown, unweit Newroz, und forderte die Zahlung eines angemessenen Pachtzinses für 35 Jahre, wonach die Pächter ohne weitere Zahlung Eigenthümer des Landes werden sollen. Schon gleich nach Schluß des Parlaments haben die Agitatoren, welche bisher im Unterhaus „gewirkt“ haben, ihre Thätigkeit in Irland selbst wieder aufgenommen. Parnell's erste Rede in Ennis kann als ein Beispiel für die Agitationsmethode gelten. Der irische Agitator hatte in seiner Rede erklärt, daß jetzt in Irland herrschende Feudalismus, welches das Land in den Händen weniger Eigenthümer vereinigt habe, deren Sklaven eine halbe Million von Pächtern seien, müsse beseitigt werden, und zwar nicht durch Pulver und Blei, sondern auf dem Wege des Gesetzes; bis dies geschehen, rathe er den Pächtern, einen mäßigen Pachtzins zu zahlen, ihn jedoch zu verweigern, sobald ungebührliche Anforderungen an sie gestellt würden. Der Staat, so entwickelte Parnell seinen Plan, solle den Eigenthümern ihr Land abkaufen und ihnen dafür Staatspapiere in Zahlung geben. Die so gekauften Ländereien sollen dann den Pächtern als Eigenthum übertragen werden zu einem Preise, bei dem der Staat nicht zu kurz käme. Die englische Regierung gebe jetzt 4 bis 5 Millionen Pfund jährlich für Polizei und Militär in Irland aus, um den Grundeigenthümern in der Einkassierung ihrer Pachtzinsen beizustehen; dieses Geld würde vor allem Anderen erspart werden und das irische Volk würde dann zureichen sein. Wenn die Regierung und die Eigenthümer sich gegen die Ordnung der Landfragen in seinem Sinne sträuben sollten, dann müßten die Pächter sich gegen Zahlung von Pachtzins überhaupt sträuben, so schloß Parnell seine Rede, und es werde sich dann zeigen, ob es genug Polizei und Militär giebt, um 500,000 Pächter zu zwingen, an 10,000 Herren Pacht zu zahlen. Angesichts der Lage in Irland und im Orient sollen übrigens (wie bereits gemeldet) mehrere hervorragende Mitglieder der liberalen Partei bei der Regierung darauf bringen, daß das Parlament zum November wieder einberufen werde.

„Die Unterminirung“ und flücht Doigorukow“ lautet die Ueberschrift einer Moskauer Correspondenz der „N. Wremja“, in welcher das Blatt in erster Linie die Gerüchte über eine kurz vor der Abreise des Kaisers Alexander nach Livadia abermals in Moskau ebedete Wina richtig zu stellen sucht. An diese Darstellung knüpft dann der Correspondent der „N. Wremja“ die Bemerkung, daß damit auch das zweite Gerücht, laut welchem der General-Gouverneur von Moskau, Fürst Dolgorukow, in Folge der vermeintlichen Wina-Entdeckung bei dem Kaiser in Ungnade gerathen, ganz von selbst in sich zerfalle. Auch eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Fürsten und dem Grafen Relikoff existire nicht, im Gegentheil seien Beide intim befreundet, kurzum, an einen Rücktritt des Moskauer General-Gouverneurs sei vorläufig gar nicht zu denken. Wir kommen bei dieser Gelegenheit auf die gestern telegraphisch berichtete Meldung zurück, bezugnehmend auf die in England in Ban d'indische Nacht des Kaisers „Livadia“ durch Nihilisten mit Sprengstoffen angezettelt worden sei. Die Polizei habe das rasche Vorgehen erwidert und weitere Vorkehrungen seien seitens der englischen Regierung getroffen worden, um Unglück zu verhüten. Dis zur Stunde fehlen indessen Details über diesen geheimnißvollen Vorgang, der sehr ernst genommen wird. Wie es heißt, sollte auf dem in Glasgow in Aufstellung begriffenen Schiffe Großfürst Konstantin die Reise nach Livadia machen. In erster Linie würde er also zum Zielpunkt des Nordwestens gemacht erscheinen, die Berechnung gegenüber dem Kaiser Alexander würde jedenfalls eine höchst unsichere sein. Man braucht sich dabei nicht länger anzuhalten; es wäre ja möglich, daß es den Nihilisten schon genügt hätte, auch nur der Welt und Kaiser Alexander durch die Explosion ein Zeichen ihres Daseins zu geben. Ein eigenes Zusammentreffen

(leg... wie... geg... an... H... gef... Bor... an... En... W... ab... f... ent... in... r... me... sid... Ra... ent... gro... tum... G... tim... sch... und... alle... Stro... n... ein... Ber... mat... den... Sch... das... so... der... von... Kön... sein... wir... Fre... seit... Bor... Euro... am... Geb... mit... Stro... Euro... Bor... des... Wid... seine... Gott... ihm... u... B... dort... der... Bun... prot... Ger... Da... I... richt... In... nach... K... K... ju... gleich... seine... Bor... Derr... Ein... in... verta... Bert... Pa... Fa... E... 9... Da... best... via... in... W... reiner... But... nom... A... 1... an... A... la...)